



Donnerstag, 07. Mai 2026, 16:00 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Jenseits des Verfallsdatums

Die EU kann ihre Funktion als Versorgungsprojekt für eine wachsende „Elite“ nicht mehr erfüllen und greift deshalb zum Krieg als letztem Notnagel.

von Felix Feistel

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (lucky_pics, Dejan Lazarevic, Torgonskaya Tatiana)

Die Europäische Union wurde den Menschen als

großes Friedensprojekt verkauft. Durch die enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sollte nach dem verheerenden Weltkrieg eine Aussöhnung der Völker stattfinden, welche durch Handel und Wandel zusammenarbeiten sollten, anstatt einander zu bekämpfen. Der Krieg, der zumindest innerhalb der EU verhindert worden ist, wurde dabei aber einfach nach außen getragen. Denn der Frieden war innerhalb dieses Staatenkonstrukts nur quasi eine Nebenwirkung – sein Hauptzweck war ein anderer.

Viele Menschen beobachten mit wachsender Entfremdung den militaristischen Charakter, den die EU mittlerweile angenommen hat. Dieser Staatenverbund, der noch 2012 den Friedensnobelpreis erhalten hat, ist mittlerweile auf einen Kurs eingeschwenkt, der direkt in einen großen Krieg gegen Russland zu münden scheint. Abermilliarden Euro werden in den Krieg der Ukraine gegen Russland versenkt, Waffen geliefert und allgemein eine Aufrüstung vorangetrieben, die einen Krieg früher oder später notwendig zu machen scheint. Garniert wird diese Politik mit der entsprechenden Rhetorik, die von einer Vernichtung Russlands, einer Zerschlagung des großen Staates im Osten spricht. Man müsse kriegsfähig werden, erklären diverse Verteidigungsminister, Ministerpräsidenten und Präsidenten mittlerweile seit Jahren, und nehmen Abermilliarden an Schulden auf, um dieses Kriegsprojekt voranzutreiben – wobei die heimische Bevölkerung zunehmend verarmt.

Wie kann es sein, so fragen sich einige Beobachter, dass dieses Friedensprojekt EU urplötzlich diesem stumpfen, militaristischen Wahn verfallen ist? Eine mögliche Erklärung könnte in dem von dem

sowjetisch-amerikanischen Wissenschaftler **Peter Turchin** (https://en.wikipedia.org/wiki/Peter_Turchin) postulierten Konzept der Elitenüberproduktion zu finden sein. Ihm zufolge bringen sich entwickelnde Staaten auf Dauer mehr Eliten hervor, als die Institutionen aufnehmen können. Eliten sind dabei potenzielle Funktionsträger – Beamte, Politiker, hochrangige Militärs –, die allesamt nach sicheren und möglichst hohen Posten im Staatswesen streben. Auch vermögende Familien – Adel, Finanzoligarchen – gehören hierzu. Historisch haben all diese Menschen zu viele Nachkommen gezeugt, die auf diese Weise in die Institutionen strebten und um den vorhandenen Reichtum konkurrierten.

Langfristig führt diese Überproduktion von Eliten – kombiniert mit einer Umverteilung des Wohlstands von der breiten Masse in die Hände der Elite – zu internen Unruhen, Revolutionen und Bürgerkriegen. Denn die zu kurz gekommenen Sprösslinge der Elite schwingen sich zu Volksvertretern auf und wenden sich gegen ihre eigentlichen Standesgenossen, um an die Futtertröge der Macht und des Eigentums zu gelangen.

Diese Gefahr sah Turchin schon Anfang des vergangenen Jahrzehnts **für die 2020er Jahre in den USA**

(<https://www.nzz.ch/feuilleton/peter-turchin-die-ueberproduktion-von-eliten-fuehrt-meist-zu-kriegen-und-revolutionen-ld.1746676>) heraufdämmern – und behielt damit Recht.

Historisch gab es jedoch eine Möglichkeit der Eliten, diese Elitenüberproduktion zu kompensieren – nämlich durch Kriege im Außen. Denn Kriege steigern die Kohäsion der Eliten, verdecken also die internen Konflikte und fördern deren Zusammenarbeit. Zudem führen Eroberungen neuer Gebiete zu der Notwendigkeit von Verwaltungsstrukturen, die wiederum Eliten aufnehmen können. Darüber hinaus vernichtet der Krieg selbst ganz konkret Eliten – etwa Feldherren oder Politiker in eroberten Gebieten –,

was die Konkurrenz verringert. Elitenüberproduktion bringt also die Notwendigkeit von Kriegen geradezu mit sich.

Historisch ist das für alle großen Reiche bis in die heutige Zeit zu beobachten. Schon das römische Reich wurde von dieser Notwendigkeit zur Eroberung angetrieben, um die nachwachsenden Eliten aufzufangen. Solange Provinz um Provinz dem Reich hinzugefügt werden konnte, blieb das Reich selbst einigermaßen stabil. Auf diese Weise eroberten die Römer große Teile Europas und den gesamten Mittelmeerraum. Diese Eroberungsperioden wurden allerdings immer wieder durch interne Instabilität unterbrochen – die zu einem Machtwechsel führte, nach dem versucht wurde, die Eroberungen fortzusetzen. Diese Phasen von Instabilität, Revolution und Bürgerkrieg bezeichnet Turchin als Reset, der dazu dient, Wohlstand wieder umzuverteilen und die Elitenklasse zu konsolidieren. Anschließend können die neuen Eliten ihre Macht zeitweise festigen und durch neue Eroberungen für gewisse Zeit aufrechterhalten – bis auch diese an ihr Ende gelangen. Und so ist es kein Wunder, dass das römische Reich schließlich an dem Versagen scheiterte, tiefer in die Germania Magna vorzudringen und neue Provinzen zu etablieren.

Ähnliches lässt sich in China in der Zeit der Streitenden Reiche (etwa von 475 bis 221 v. Chr.) beobachten. Damals bestand China aus einer Reihe von zunächst 16, später sieben Reichen, die permanent miteinander im Krieg lagen. Diese Kriege haben die Reiche intern stabilisiert, indem sie Eliten vernichtet, andere Reiche erobert und die Macht über sie gefestigt haben – wodurch neue Institutionen notwendig wurden, die wiederum die Überproduktion an Eliten zumindest teilweise auffangen konnten. Dieser Prozess zog sich hin, bis China schließlich unter der Qin-Dynastie vereint wurde – was zu einem schnellen Abstieg des Reiches führte. Denn mit dem Tod des ersten Kaisers verfiel das noch **junge Kaiserreich in einen Bürgerkrieg**

[https://de.wikipedia.org/wiki/Qin_\(Staat\)#Zeitleiste_ab_der_Ze](https://de.wikipedia.org/wiki/Qin_(Staat)#Zeitleiste_ab_der_Ze)

it_des_proklamierten_K%C3%B6nigtums) – der Kampf um die Nachfolge sowie um Posten und Reichtum innerhalb der Elite flammte wieder auf.

Und was hat all das nun mit der EU zu tun? Nach dem zweiten Weltkrieg war das Problem der Elitenüberproduktion in Westeuropa zunächst behoben. Viele Größen der Nazi-Diktatur – die auch „Provinzen“ in Osteuropa verwalteten – waren gestorben oder saßen im Gefängnis.

Und was hat all das nun mit der EU zu tun? Nach dem zweiten Weltkrieg war das Problem der Elitenüberproduktion in Westeuropa zunächst behoben. Viele Größen der Nazi-Diktatur – die auch „Provinzen in Osteuropa verwalteten – waren gestorben oder saßen im Gefängnis.

Neu geschaffene Staatsstrukturen machten andere Formen der Eliten notwendig, wobei auch hier viele Beamte und Richter aus der Nazizeit wieder eingesetzt wurden. Die deutschen Strukturen wurden dezentraler, was eine Reihe von Institutionen schuf, die Eliten auffangen konnten.

Auch in anderen europäischen Staaten waren die Eliten durch den Krieg beseitigt worden und es fanden drastische Veränderungen statt. Doch schon bald gelangten auch diese Institutionen an ihre Kapazitätsgrenzen.

Die Gründung der Vorläufer der EU und schließlich der Union selbst schuf hier ein Auffangbecken für überproduzierte Eliten. Viele von denjenigen, die innerhalb der staatlichen Institutionen keiner Verwendung zugeführt werden konnten, wurden zunehmend in die neu geschaffenen und ständig expandierenden Institutionen der EU abgeschoben. Immer wieder tauchen so Politiker in der EU auf, die sich innerhalb ihrer Staaten nicht bewährt haben. Ursula von der

Leyen konnte so, nachdem sie in Deutschland unter anderem Familienministerin und Verteidigungsministerin gewesen war, als EU-Kommissionspräsidentin antreten. Auf diese Weise konnten die EU-Staaten mit ihrer Elitenüberproduktion umgehen, ohne Kriege führen zu müssen. Der Krieg wurde durch eine mehr oder weniger friedliche Expansion der EU-Institutionen ersetzt. Daher muss die EU aber auch dauernd neue Kompetenzen erhalten, ihren Herrschaftsbereich erweitern und sich über immer neue Staaten ausdehnen.

Diese Expansion wurde nicht von dem Anliegen angetrieben, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Welt zu verbreiten. Stattdessen ersetzte sie die kriegerische Expansion der Historie. Daher konnte die EU sich auch als Friedensprojekt etablieren – Krieg war auf diese Weise einfach nicht notwendig. Freilich war dessen Verhinderung aber nie mehr als eine propagandistische Floskel, um die ökonomische und politische Grausamkeit dieser Expansion zu verschleiern.

Diese Expansion gerät allerdings an ihr Ende. Denn die EU kann sich nicht unendlich ausdehnen, und die Aufnahme immer neuer Mitgliedsstaaten führt auch zur Notwendigkeit der Integration immer neuer Eliten. Zudem entmachten die EU-Institutionen zunehmend die nationalstaatlichen Institutionen und drohen, diese abzuschaffen. Dabei geraten die Institutionen in Konflikt mit den übergangenen Eliten, die sich organisieren und gegen diese Institutionen agitieren, wobei sie auch um Zugang zu den staatlichen Institutionen konkurrieren, deren Bewahrung und Verteidigung im ureigenen Interesse dieser Eliten liegt. Hierfür sind Parteien wie die AfD in Deutschland oder der Rassemblement National in Frankreich ein Beispiel. Sie etablieren sich als Vertreter der verarmenden Massen, die dank Umverteilung von unten nach oben einen sinkenden Lebensstandard zu beklagen haben.

Aus dieser zunehmenden internen Instabilität gibt es für

die Eliten nur einen Ausweg: einen großen Krieg gegen Russland zu entfesseln. Denn ein solcher Krieg erfordert eine einheitliche Koordination der EU durch gemeinsame Strukturen, Aufrüstung und damit Umverteilung, vernichtet Reichtum und macht einen anschließenden Wiederaufbau – und dessen Verwaltung – notwendig.

Auch werden dabei aufstrebende Eliten ganz real vernichtet, indem sie durch Bombardements oder an der Front sterben. Hinzu kommt die Hoffnung der direkten oder indirekten Eroberung russischer Gebiete – die dann der EU einverleibt werden können und verwaltet werden müssen.

Die Eliten von heute sind nicht mehr ausschließlich dynastische Sprösslinge. Diese gibt es zwar weiterhin, aber die Mehrheit der Funktionsträger gehört ihnen nicht an. Sie rekrutiert sich stattdessen aus dem anwachsenden Pool der Akademiker. Gerade westliche Staaten bringen mehr Akademiker hervor, als die Wirtschaft aufzunehmen in der Lage ist. Diese müssen in immer neu geschaffenen Institutionen und ihnen zuarbeitenden Organisationen – Think-Tanks, Stiftungen und „Nichtregierungsorganisationen“ – untergebracht werden, die von staatlichen Geldern und somit von Steuergeldern finanziert werden. Von dort aus streben sie in Medien und Politik und damit in die Institutionen. Ein Krieg würde auch dieses Personal mobilisieren und an der Front verheizen, sodass der Druck durch Eliten auf die Institutionen abnimmt.

Die EU ist also nicht mehr in der Lage, ihre Funktion als Auffangbecken für überproduzierte Eliten zu erfüllen. Daher greifen die Eliten zum letzten verbliebenen Mittel, die Stabilität aufrechtzuerhalten und ihre Macht abzusichern und setzen auf Militarisierung und Krieg.

Das Friedensprojekt EU, das nie ein echtes Friedensprojekt war,

erfordert damit nun jenen Krieg, den zu verhindern sie immer als ihr Anliegen behauptet hat. Verhindert werden kann dies nur durch interne Konflikte – Bürgerkriege oder Revolutionen. Einen friedlichen Reset des Elitensystems kann Turchin nur für einen verschwindend geringen Teil der solchermaßen in die Krise geratenen Systeme feststellen.

Ein Beispiel für eine friedliche Lösung sieht er in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier haben die Eliten freiwillig auf Umverteilung gesetzt – durch hohe Vermögensabgaben, welche die Reichtumsakkumulation begrenzt und breite Teile der US-amerikanischen Gesellschaft an dem Wohlstand beteiligt hat. Diese Weitsicht der Eliten ist derzeit nicht zu beobachten. Ob sie aber von den aufstrebenden Eliten – etwa jenen, die durch die AfD in Deutschland vertreten werden – an den Tag gelegt werden wird, erscheint derzeit zweifelhaft.



Felix Feistel, Jahrgang 1992, studierte Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht. Schon während seines Studiums war er als Journalist tätig; seit seinem Staatsexamen arbeitet er hauptberuflich als freier Journalist und Autor. So schreibt er für **[manova.news](https://www.manova.news/)** (<https://www.manova.news/>), **apolut.net** (<https://apolut.net/>), **[die Freie Medienakademie](https://www.freie-medienakademie.de/)** (<https://www.freie-medienakademie.de/>) sowie auf seinem eigenen **[Telegram-Kanal](https://t.me/Felix_Feistel)** (https://t.me/Felix_Feistel). Eine Ausbildung zum Traumatherapeuten nach der Identitätsorientierten Psychotherapie (IoPT), erweiterte sein Verständnis von den Hintergründen der Geschehnisse auf der Welt.

